

Inhalt der Sitzung vom 13.03.2006

TOP Ö 1 Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 20.02.2006 gefassten Beschlusses

Eingangs der Sitzung gab Bürgermeister Huckele bekannt, dass das Ratsgremium in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 20.02.2006 dem Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken im Neubaugebiet Gasseläcker seine Zustimmung erteilte.

TOP Ö 2 Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Gemeinde für das Haushaltsjahr 2006 sowie den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2006

Eingangs teilte Bürgermeister Wolfgang Huckele dem Ratsgremium mit, dass die Plankstadter Liste am Morgen des Sitzungstages einen Vertagungsantrag für die Beschlussfassung der Haushaltssatzung und des Wirtschaftsplans der Gemeindewasserversorgung gestellt hat. Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) nannte als Grund für den Antrag Unklarheiten, die einer weitergehenden Beratung bedürfen. Auch Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) stimmte im Namen der CDU-Fraktion einer Vertagung zu, da auch seitens der CDU noch offene Fragen bestehen. Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) regte an, den Haushaltsplan im Ausschuss für Finanzen und Verwaltung weiter zu beraten. Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) konnte sich den Vorrednern anschließen und stimmte im Namen der GLP-Fraktion ebenfalls einer Vertagung zu. Auf die Frage nach dem Verabschiedungstermin des Haushalts- und Wirtschaftsplans antwortete Bürgermeister Huckele, dass dieser von der Anzahl der notwendigen Finanzausschusssitzungen abhängig sei.

Mehrheitlich wurde der Tagesordnungspunkt, bei 1 Gegenstimme des Bürgermeisters, vertagt.

TOP Ö 3 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Siedlung“ – 1. Änderung

Wie die Verwaltung das Ratsgremium unterrichtete, machen die aktuellen Nachverdichtungsabsichten auf einer Teilfläche der Grundstücke Flst.Nr. 1455/79, Brühler Weg 96 + 96 a und Flst.Nr. 4655, Rosental 3 sowie die beabsichtigte Änderung erforderlich, weil diese Flächen derzeit teilweise als „nicht bebaubar“ bzw. „mit Garagen bebaubar“ ausgewiesen sind. Das angedachte Änderungskonzept wurde dem Ausschuss für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten in den Sitzungen am 04.04.2005 und 23.11.2005 vorgestellt und befürwortet. Der Entwurf zur Änderung des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften sieht die Festsetzung eines Allgemeinen Wohngebiets vor. Die Grundflächenzahl (GRZ) soll 0,4 betragen; die Geschossigkeit der geplanten neuen Gebäude wird mit maximal zwei Vollgeschossen festgesetzt. Die Wand- und Gebäudehöhe orientiert sich am Bestand im Rosental 1 – 5. Der Grundstückseigentümer wird sich in einem Städtebaulichen Vertrag dazu verpflichten, für sämtliche im Zusammenhang mit anstehender Änderung anfallenden Kosten (Honorar- und Erschließungskosten) aufzukommen und der Gemeinde die Baulandentwicklung in Form eines Infrastrukturfolgekostenbeitrages abgelden.

Neben o.g. Maßnahme bestehen auch auf den Grundstücken Flst.Nrn. 1455/77 und 1455/97 Nachverdichtungsabsichten, die dem zuständigen Ausschuss gleichfalls am 04.04.2005 und 23.11.2005 vorgestellt wurden. Sie sehen wie folgt aus: In einer zusätzlichen Zone F sollen über eine neu zu bauende Straße (Mischverkehrsfläche/ Anliegerstraße) ca. 15 neue Baugrundstücke erschlossen werden. Der Ausgleich für den

Eingriff wird auf der Grundlage eines im Rahmen des Änderungsverfahrens zu erstellenden und zu prüfenden Umweltberichtes im Gebiet selbst erfolgen. Um negative Auswirkungen der Auslegung von Bebauungsplanfestsetzungen durch einen Bauträger zu vermeiden, sollen auf den Grundstücken konkrete Einzelbaufenster mit einer exakt bestimmten Bauweise (Doppelhaus oder Hausgruppe), einer maximalen Gebäudelänge von 18 m und einer Mindestbreite von 6 m ausgewiesen werden. Die Zulässigkeit von Satteldächern, Krüppelwalmdächern oder Pultdächern mit Staffelgeschoss soll festgeschrieben werden. Grundsätzlich sollen die notwendigen Stellplätze auf den Baugrundstücken nachgewiesen werden; aber auch die Ausweisung separater Stellplatzgrundstücke, die dann über eine Baulast gebunden werden, ist vorgesehen. Außer den beiden jetzt schon eingeplanten öffentlichen Stellplätzen wünschte der Ausschuss die Einplanung weiterer öffentlicher Stellplätze. In der Zone F sollen die Terrassen nur innerhalb der überbaubaren Flächen errichtet werden können und der Einbau von Zisternen (mit Überlauf in eine Versickerungsmulde auf dem Grundstück) wird zwingend vorgeschrieben.

Außerdem haben sich folgende weitere Änderungs- bzw. Ergänzungsnotwendigkeiten im Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften „Siedlung“ ergeben:

- längere Sichtschutzwände entlang öffentlicher Wege und Verkehrsflächen in Zone A
- Wegfall der Erforderlichkeit einer Teilungsgenehmigung durch Änderung des Baugesetzbuches (BauGB)
- Wegfall des Gehrechtes auf dem Privatweg zwischen den Grundstücken im Antoniusweg 19 b – r und im Oberen Gartenpfad 1- 16, weil sich alle Eigentümer zur anteiligen Übernahme des Weges verpflichtet haben
- Immissionsschutzaufgaben für Zone F
- Zulassung der Anhebung der Aufbauhöhe von Dächern in Zone A bei der Durchführung von Dämmungsmaßnahmen
- Vordächer und Seitenwindschutzelemente auf bestimmten Grundstücken in Zone A
- Zulassung alternativer Absetzungsmöglichkeiten mit nachgeschalteten Rigolen, die eine ausreichende Filterwirkung gewährleisten
- Regelung der Oberflächenwasserversickerung auf separaten Carport- und Garagengrundstücken
- Korrektur der Farbleitplanung.

Gemeinrätin Jutta Schuster (CDU) fragte an, in welchem Gebiet die Ausgleichsflächen geschaffen werden, die bei der Erschließung der 15 neuen Baugrundstücke in der Zone F (Hebelgarten) notwendig werden. Frau Butsch von der Firma Bauland!Entwicklung stellte fest, dass der Ausgleich auf den privaten Baugrundstücken im Baugebiet selbst geschaffen werden sollen.

Gemeinrat Andreas Berger (CDU) lobte, dass die Vorschläge der CDU von der Firma Bauland!Entwicklung übernommen wurden und stimmte im Namen der CDU-Fraktion dem kompletten Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Auch Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) sah die Anregungen der Plankstadter Liste in großen Teilen umgesetzt. Bei der Stellplatzfrage sah er allerdings Konfliktpotential. Dennoch erteilte er im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum kompletten Beschlussvorschlag. Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) fragte an, ob die geplante Straßenbreite von 5,50 m genug Platz für Feuerwehreinsatzfahrzeuge bietet. Herr Butsch führte dazu aus, dass im gesamten Bereich der Mischverkehrsfläche ein Parkverbot angeordnet wird. Letztlich gab auch die SPD-Fraktion zu allen Punkten des Beschlussvorschlags ihre Zustimmung. Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) sah die Stellplatzfrage sowie den beengten Zufahrtbereich im Süden des Gebiets als

fragwürdig an. Bei den Ausgleichsmaßnahmen wünschte er sich eine Konkretisierung. Herr Butsch von der Firma Bauland!Entwicklung ist bestrebt, den Ausgleich im Gebiet selbst herzustellen. Als weiteren Punkt hinterfragte Gemeinderat Winfried Wolf die Gewährleistungsfrist für Bauleistungen nach der VOB. Bauamtsleiter Boxheimer konnte hierzu mitteilen, dass durch die Novellierung der Vorschrift die Gewährleistung von 2 auf 4 Jahre verlängert wurde. Gemeinderat Winfried Wolf erteilte seitens der GLP-Fraktion seine Zustimmung zu den ersten 3 Verwaltungsvorschlägen. Zu Punkt „Abschluss des Städtebaulichen Vertrags und des Erschließungsvertrags mit der Firma Bauland!Entwicklung“ enthielt sich die GLP-Fraktion.

Einstimmig wurden somit die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Siedlung“, die örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan und die Unterzeichnung des Städtebaulichen Vertrags mit der Gesellschaft Damian und Kempfner GdB durch den Bürgermeister beschlossen.

Bei 2 Enthaltungen der GLP wurde dem Abschluss des Städtebaulichen Vertrags und des Erschließungsvertrags mit der Firma Bauland!Entwicklung zugestimmt.

TOP Ö 4 Bekanntgaben, Anfragen

1. Einrichtung einer Hortbetreuung

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) bedankte sich bei der Verwaltung für die erneute Umfrage für eine Hortbetreuung an den örtlichen Schulen und hoffte, in diesem Jahr das Vorhaben realisieren zu können.

2. K 9702

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) erkundigte sich nach der Möglichkeit eines LKW-Verbotes für die Kreisstraße K 4146 (Grenzhöfer Weg) im Falle eines Ausbaus der Kreisstraße K 9702 als „Ostumgehung“ des Grenzhofes. Bürgermeister Huckele entgegnete, dass diese Herabstufung bei der derzeitigen Klassifizierung der Straße nicht möglich sei.

3. Blutbuche in der Friedrichstraße

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) verwies auf einen Artikel in der Schwetzingener Zeitung vom 27.02.2006 sowie auf ein Interview im Kurpfalzradio, in denen es hieß, der benachbarte Kindergarten bzw. die Kindergartenkinder seien durch die Blutbuche gefährdet. Nach Meinung der Kindergartenleiterin ginge zum jetzigen Zeitpunkt keine Gefahr durch den Baum aus. Außerdem führte Gemeinderätin Jutta Schuster ein Gespräch mit einem Mitglied des Petitionsausschusses, dessen Aussage zu Folge, die Eingabe der Grundstückseigentümerin bereits negativ beschieden wäre. Gemeinderätin Jutta Schuster wollte wissen, welche Aussagen nun zutreffen.

Bürgermeister Huckele teilte mit, dass die Verwaltung zu dem schwebenden Verfahren keine weitergehenden Informationen habe.

4. Baulandentwicklung Bruchhäuser Weg

Gemeinderat Schneider (SPD) erfragte den Sachstand zum Baugebiet Bruchhäuser Weg.

Bürgermeister Huckele informierte, dass der Gemeinderat über die Baulandentwicklung im Bruchhäuser Weg in einer anstehenden Informationssitzung informiert wird.

5. Zufahrt Netto-Markt

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) trug vor, dass der Zugang zum Netto-Markt für Kinderwägen und Rollatoren unbefriedigend sei. Er hinterfragte die Möglichkeit einer Verbesserung der Zugangsmöglichkeit.

BAL Boxheimer teilte mit, dass der gesamte Bereich durch den Neubau B 535 überplant ist und eine Maßnahme auf die Planung der B 535 abzustimmen wäre.

6. Erneuerung Heizungsanlagen der Schulen

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) äußerte die Bitte, Vorbereitungen zur Erneuerung der Heizungsanlage zu treffen, da der Haushaltsplan noch nicht beschlossen ist.

Bürgermeister Huckele erwiderte, dass bis zur Verabschiedung des Haushaltsplans eine sogenannte „Interimswirtschaft“ geführt wird, d.h. in dieser Zeit dürfen nach dem Gemeindegewirtschaftsrecht nur unabwendbare Ausgaben getätigt werden.

7. Spielplatz an der Paul-Böner-Str.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) hinterfragte, wann der Spielplatz für die Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht wird.

BAL Boxheimer informierte, dass es keinen Zeitplan gebe. Sobald es die Witterungsverhältnisse zulassen, werde mit der Sanierung begonnen.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher bat um Veröffentlichung, dass der Spielplatz geschlossen sei, da dieser immer noch über Schleichwege erreichbar wäre.

8. Nachbarstreitigkeiten einer Familie in der Hildastraße

Gemeinderat Horst Kolb (PL) erkundigte sich inwieweit die Gemeinde über Nachbarstreitigkeiten, die von den Bewohnern eines Gemeindegewohnhauses in der Hildastraße ausgehen, informiert sei.

Bürgermeister Huckele bestätigte, dass ihm die Belästigungen schon mehrfach vorgetragen wurden und in einem Schreiben den uneinsichtigen Mietern mietrechtliche Konsequenzen angedroht werden.

9. Blutbuche in der Friedrichstraße

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) regte an, den Petitionsausschuss zu bitten, den Negativbescheid zur Entfernung der Buche aufrecht zu erhalten und bat um Veröffentlichung des Ergebnisses.

Bürgermeister Huckele erklärte sich einer Veröffentlichung einverstanden, sobald die Verwaltung einen entsprechenden Bescheid über die Entscheidung des Petitionsausschusses erhalten werde.

10. Standfestigkeit der Strommasten

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) verwies auf die momentanen Dacheinstürze durch Schneebefall. In diesem Zusammenhang stellte er auch die Frage nach der Standfestigkeit der Strommasten auf Gemarkungsgelände.

Gemeinderat Sessler (CDU) wusste zu berichten, dass die Strommasten im Auftrag der Leitungsträger 1x jährlich per Hubschrauber bestmöglich überwacht werden.

11. Standort Hopp-Stadion

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) wollte wissen, ob die Baubeschreibung des Fußballstadions FCH Heidelberg 06, die dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme aufgelegt wurde, noch aktuell sei. Da in der Nähe des Flughafens beim Pfaffengrund ein neuer Standort im Gespräch sei, fragte er, ob sich die Gemeinde für eine S-Bahn-Linie nach Schwetzingen über Plankstadter Gemarkung einsetzen würde.

In Anbetracht der Unwägbarkeiten und der ausstehenden Entscheidung über den Stadion-Standort wollte sich Bürgermeister Huckele zu dieser Frage nicht näher äußern.

12. Interimswirtschaft

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) erkundigte sich nochmals, ob bei Ausfall der Heizungsanlagen in der Zeit der Interimswirtschaft etwas unternommen werden könne.

Bürgermeister Huckele erklärte, dass Reparaturen selbstverständlich vorgenommen werden.

13. Ladog für Gemeindebauhof

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) erkundigte sich nach der technischen Beschreibung des neu zu beschaffenden Ladogs.

BAL Boxheimer teilte mit, dass die technischen Beschreibungen bereits zur letzten Sitzung auslagen, versicherte jedoch, dass diese nochmals ausgelegt werden.

14. Wilde Tierhaltung beim Heidelberger Weg links

Gemeinderat Oskar Sessler (CDU) fragte nach, ob die Gemeinde Kenntnis über die wilde Tierhaltung auf dem Anwesen beim Heidelberger Weg links habe.

BAL Boxheimer teilte mit, dass der Eigentümer aufgefordert wird, den unhaltbaren Zustand zu beseitigen.

15. Zuhöreranfrage

Ein Zuhörer sprach die Bautätigkeit im Zusammenhang mit der B 535 und die nach seiner Meinung verbundenen Lärm- und Schmutzbelästigungen nach der Fertigstellung der Straße an.

Zum wiederholten Male stellte Bürgermeister Huckele fest, dass die B 535 seit März 1995 planfestgestellt sei und eine Klage der Gemeinde für einen zweispurigen Ausbau abgewiesen wurde.